

Basaltbruch? Nein, danke!

Bürgerversammlung: Breiter Widerstand gegen Basaltabbau „Auf der Lay“ zwischen Ellar und Steinbach

Die Bedenken gegen einen Steinbruch im Wald zwischen Ellar, Steinbach und Hangenmeilingen sind groß. Das machte eine beeindruckend besuchte Bürgerversammlung am Donnerstag in Fussingen deutlich. Während der Steinbruchbetreiber für das Projekt warb und die Politik sich auf keine Entscheidung festlegen wollte, kamen von den versammelten Einwohnern ablehnende Signale



Waldbrunn.

Klaus Horneck (vorne links) erläuterte vor dicht gedrängten Besuchern die Pläne für den Basaltbruch zwischen Ellar und Steinbach. Foto: Thies

Die Fronten waren klar bei der Bürgerversammlung in der Fussinger Mehrzweckhalle. Die Mehrheit der mehr als 300 Teilnehmer machte mit Redebeiträgen und Applaus an den passenden Stellen deutlich, dass sie nichts von der Wiedereröffnung des Steinbruchs «Auf der Lay» in der Gemarkung Ellar hält.

Klaus Horneck, der für die Johann Schmidt KG die bestehenden Basaltwerke in Thalheim und Elbgrund leitet, und der Geologe Dr. Frank Aschenbrenner stellten dagegen den bisherigen Stand der Planung vor. Messungen haben ergeben, dass es nördlich und nordöstlich des seit mehreren Jahrzehnten stillgelegten Steinbruchs abbauwürdige Basaltvorkommen mit bis zu 40 Metern Stärke gibt. Auf 5,6 Millionen Tonnen schätzt Aschenbrenner die Menge, die dort gefördert werden kann.

Vor einem möglichen Abbau in dem Gebiet südlich von Ellar und östlich von Hangenmeilingen steht aber ein umfangreiches Genehmigungsverfahren. «Ich verschweige nicht, dass dies ein Projekt mit allergrößten Hürden ist», sagte Klaus Horneck. Die

Lebensräume in dem Gebiet, Waldmeister-Buchenwald sowie Schlucht- und Hangmischwald, stehen unter besonders strengem Naturschutz. Um diesen teilweise aufheben zu lassen und auch die weiteren Genehmigungen, beispielsweise wegen der Lärmentwicklung, einzuholen, rechnet Klaus Horneck mit einem Verfahren von bis zu acht Jahren.

«Auch ein Steinbruch selbst ist ein Biotop für viele seltene, auf diesen Lebensraum spezialisierte Arten», betonte der Vertreter der Johann Schmidt KG. So gehöre inzwischen eine genaue Erfassung der dort lebenden Arten und die Förderung von Pflanzen und Tieren fest zu den Arbeitsabläufen in einem Steinbruch. «In Elbgrund sind wir mit der Natur im Steinbruch nach sechs Jahren schon so weit, wie wir es eigentlich erst nach 20 Jahren sein müssten», berichtete Horneck.

Täglich 80 Lkw-Fahrten

Den möglichen späteren Betrieb konnte er nur grob skizzieren. Es werde Sprengungen geben, aber diese müssten ebenso wie die folgende Verarbeitung des Gesteins die vorgeschriebenen Schall- und sonstigen Grenzwerte einhalten. Ob eine fest installierte Aufbereitungsanlage für den Basalt in den Steinbruch komme, stehe nicht fest. «Ich bezweifle, dass sie dort Platz hätte», sagte Klaus Horneck. «Heute gibt es mobile oder semimobile Anlagen, die direkt im Tagebau aufbereiten können.» Sein Unternehmen gehe von einer Jahresproduktion von rund 250 000 Tonnen aus. Das würde im Schnitt am Tag 80 Fahrten leerer und beladener Lkw bedeuten. Davon würden vermutlich zehn durch Ellar und 70 durch Steinbach fahren.

Auch die Erträge für die Gemeinde Waldbrunn, die sich aus einem Förderzins pro Tonne Gestein, einer Pacht für das gemeindeeigene Gelände und Gewerbesteuer zusammensetzt, liegen noch im Vagen. Klaus Horneck nannte Vergleichszahlen, denen zufolge Dornburg für die dortigen Steinbrüche seines Unternehmens in den vergangenen vier Jahren etwas mehr als eine Million und Elbtal rund 575 000 Euro bekommen haben.

Gemeinde am Zug

Nach Klaus Hornecks Vorstellung soll jetzt die Waldbrunner Gemeindevertretung klar machen, ob die Johann Schmidt KG das Genehmigungsverfahren in die Wege leiten darf. Klaus Horneck betonte, dass in diesem Verfahren nicht nur die Auswirkungen auf die Natur untersucht werden, sondern auch die mögliche Lärm- und Staubbelästigung, Auswirkungen auf Landschaftsbild und Grundwasser sowie viele weitere Faktoren. Zudem bestehe für Bürger, Politik und Verbände die Gelegenheit, ihre Bedenken einzubringen. Auch während des Betriebs werde das Einhalten der Grenzwerte immer wieder kontrolliert.

Die Vorsitzenden aller drei Fraktionen der Waldbrunner Gemeindevertretung betonten, dass sie jeweils noch keine abschließende Haltung zu den Steinbruchplänen ausdiskutiert haben. «Wir wollen ein sauberes Verfahren, mit allen Fakten auf dem Tisch», unterstrich Achim Henk (CDU). «Uns fehlen derzeit schlicht und einfach noch zu viele Informationen für eine Entscheidung», räumte Manfred Lischeck (Bürgerliste) ein. «Wir wollen Verbesserungen für die Einnahmesituation der Gemeinde, aber der Schutz der Bevölkerung hat absoluten Vorrang», machte Peter Krahl (SPD) die Abwägung deutlich, die die Politiker nun treffen müssen.

Bürgermeister Lothar Blättel (SPD) betonte, dass die Frage des Steinbruchs bislang keineswegs «im stillen Kämmerlein» beraten worden sei. Nach einer ersten Anfrage der

Johann Schmidt KG im Herbst 2009 seien die Fraktionen der Gemeindevertretung informiert worden. «Für eine Information der Bürger gab es bisher noch keine Grundlage, da bislang kein offizielles Verfahren begonnen hat», sagte Blättel. Klaus Rohletter (CDU), der Vorsitzende der Gemeindevertretung, sagte, er hoffe auf ein faires Verfahren, in dem die Argumente für und gegen den Steinbruch sachlich abgewogen werden.

Am Saalmikrofon äußerten die zahlreichen Teilnehmer ihre Einwände. Einige befürchteten Krebsfälle in den umliegenden Orten durch den Gesteinsstaub. «Unsere Mitarbeiter werden regelmäßig medizinisch untersucht. Mir sind keine entsprechenden Erkrankungen bekannt», entgegnete Klaus Horneck. Andere Waldbrunner warnten vor einem Absinken des Grundwasserspiegels.

Die Vertreter des Naturschutzbunds Waldbrunn befürchteten Naturschäden durch einen möglichen Steinbruch. «Wollen Sie ein Naturschutzgebiet kaputt machen und dann in 20 oder 25 Jahren ein neues anlegen?», fragte Vorstandsmitglied Herbert Arnold. Vorsitzender Gerd Arnold betonte, dass es bereits für die ersten Untersuchungen der Basaltlagerstätte eine Genehmigung der Naturschutzbehörden bedurft hätte, die aber nicht eingeholt worden sei. Auch an die Waldbrunner Politik richtete er Vorwürfe: «Wir haben die Fraktionen wegen des Steinbruchs angeschrieben und erst zweieinhalb Monate später eine Antwort bekommen.» Gerd Arnold forderte die Politiker und die Bürger auf, möglichst frühzeitig das weitere Verfolgen der Pläne zu verhindern.

Lärm und Staub

Beschwerden kamen auch aus den Nachbarorten. Bewohner des Neubaugebiets in Hangenmeilingen, der nächsten Ansiedlung am Steinbruchgelände, befürchteten andauernden Lärm und Staub. Zahlreiche Steinbacher lehnten den zusätzlichen Lkw-Verkehr durch ihren Ort ab oder verlangten Waldbrunner Unterstützung für den Bau einer Umgehungsstraße. «Wir sind im Dorferneuerungsprogramm und wollen unsere Hauptstraße attraktiver machen. Das ist doch ein Witz», sagte ein Steinbacher. Auch die Steinbruch-Einnahmen sah ein Waldbrunner kritisch: «In Dornburg werden die Gemeindefinanzen auf dem Weg ja auch nicht saniert.» vt

Artikel vom 11. März 2011, 19.40 Uhr (letzte Änderung 22. März 2011, 04.32 Uhr)